

Rhetorik und Realitäten

Der malaysische Premierminister besitzt nicht die Berechtigung, eine Menschenrechtskonferenz zu zieren

Gibt es eine asiatische Version von Menschenrechten? Folgender Artikel ist eine Kritik an der kürzlich stattgefundenen Konferenz "Die Menschenrechte überdenken". Kua Kia Soong besteht darauf, daß Konsequenz der letztendliche Prüfstein für einen wirklichen Menschenrechtsaktivisten ist. Nach seiner Meinung haben der malaysische Staat und seine politischen Führer diesen Test nicht bestanden.

Kürzlich wurde in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur eine Konferenz mit dem Thema "Die Menschenrechte überdenken" abgehalten. Sie wurde von der Nichtregierungsorganisation (NRO) Just World Trust (JUST) organisiert, die von dem einstmals lautstarken Kritiker des Mahathir-Regimes, Chandra Muzaffar, geleitet wird.

Sie machte sich zum Ziel, die "westliche" Definition von Menschenrechten mit ihrer "Besessenheit von individuellen Freiheiten" in Frage zu stellen und durch die Unterordnung des Individuums einer "transzendenten Wirklichkeit" zu ersetzen, oder, wie es ein zynischer Lyriker ausdrückte "Mehrwert-Asiatische-Werte" (value-added Asian values).

Die meisten malaysischen NROs, die die Menschenrechte verteidigen, haben nie versäumt, die Doppelzüngigkeit der Regierungen des Nordens im Fall von Besetzungen, Destabilisierung und Zerrüttung von Ländern des Südens durch wirtschaftliche Vorherrschaft anzugreifen.

Dennoch gibt diese JUST-Konferenz malaysischen NROs genügend revisionistische Hinweise für den Beginn eines Versuchs, die Menschenrechte zu untergraben oder - um den beschönigenden Begriff der malaysischen Regierung bei ihrer Behandlung von politischen Gefangenen zu benutzen - zu "rehabilitieren".

Die malaysischen Realitäten

Der Affront gegen malaysische Menschenrechtsaktivisten bestand darin, daß der Premierminister Mahathir Mohamad gebeten wurde, die Konferenz zu eröffnen und eine programmatische Rede zum Thema "Die Menschenrechte überdenken" zu halten und sein Stellvertreter sie beenden sollte. Betrachten wir die Realitäten in der malaysischen Gesellschaft und die zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte, so hat der malaysische Premierminister Mahathir keine Berechtigung, eine Konferenz über Menschenrechte auszuzeichnen.

Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren ist weiter Gesetz und wird nach wie vor als bequemeres Mittel vom malaysischen Staat benutzt, um Oppositionsführer und andere Dissidenten mundtot zu machen. Zur Zeit werden etwa 4000 Menschen ohne Gerichtsverfahren nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA), der Notstandsverordnung (Emergency Ordinance) und dem Rauschgiftgesetz in Haft gehalten.

Die öffentlichen Massenmedien werden strikt von der Regierungspartei kontrolliert; die Landrechte von indigenen Volksgruppen und städtischen Siedlern werden routinemäßig verletzt; Bürgerrechte werden vorenthalten und Beschäftigte in Elektronikfabriken haben noch immer kein Recht, eine Gewerkschaft ihrer Wahl zu gründen.

Die Rolle der Eliten im Süden

Der fatale Schwachpunkt dieser revisionistischen Theorie der Menschenrechte

(und eine uralte Kritik der Dritte-Welt-Analyse) ist die Ausklammerung der Rolle der Süd-Eliten im globalen System.

Betrachten wir die globale Vorherrschaft durch transnationale Unternehmen und den Norden, so werden wir sehen, daß die herrschenden Eliten des Südens ein entscheidendes Element in dieser Verbindung sind.

Der kürzliche Skandal um den malaysischen Pergau-Damm in Verbindung mit einem Waffengeschäft mit Großbritannien und den daraus gemachten Gewinnen durch stark reduzierte Kosten zeigen, daß die malaysische Seite keineswegs das unschuldige Opfer "britischer Vorherrschaft" ist. Aus dem gemeinsamen Memorandum geht hervor, das beide, die britischen wie die malaysischen Steuerzahler, die eigentlichen Verlierer sind.

Die japanische Falle

Die Rolle der "östlichen" Länder des Nordens wie Japan ist eine weitere Ausklammerung von den "Überdenkern" der Menschenrechte, die auf die Heuchelei des Westens zeigen. Sicher werden Dritte-Weltler nicht Japan bei ihrer analytischen Weisheit aus der ersten Welt heraushalten?

Im Falle Malaysias können wir feststellen, daß sein Premierminister die japanische Vorherrschaft in der malaysischen Wirtschaft kontinuierlich und aktiv durch seine "Blick-nach-Osten-Politik" (Look East Policy) gefördert hat. Das geht so weit, daß Malaysia heute mit einer höchst beunruhigenden Yen-Schuldenfalle konfrontiert ist. Das augenblickliche Zahlungsdefizit beruht zum großen Teil auf den massiven japanischen Importen und den Yen-dominierten Anleihen, die im letzten Jahr 33 % der Auslandsschulden Malaysias ausmachten.



Chandra begrüßt Mahathir auf der Konferenz

aus: FEER v. 22.12.94, S. 20

Die Frage an die Menschenrechts-Revisionisten ist: Warum wird Japan bei der Analyse des "Nordens" ausgelassen? Wenn Japan anders als die übrigen Herrscher des Nordens ist, wo ist den ihre wirtschaftliche Vorherrschaft anders? Hier sehen wir wieder, wie fatal die Vernachlässigung der Verbindung zwischen den Eliten des Nordens und des Südens sind.

Südostasiens Bosnien

Betrachten wir ein anderes Land Südostasiens, Indonesien, wird diese Verbindung überdeutlich. Die Länder des Nordens waren ziemlich passiv, was das Recht auf Selbstbestimmung der Osttimoresen angeht, einfach weil es dort Multi-Milliarden-Geschäfte mit Waffen und Öl gibt, die zur Kompromißbereitschaft mit der herrschenden indonesischen Elite führen.

Osttimor kann wirklich als Südostasiens Bosnien bezeichnet werden, wo letzteres ein Land ist, für das sich die malaysische Regierung so leidenschaftlich weltweit einsetzt. Wo wir nicht zögern, die Bosnier gegen den serbischen Faschismus zu unterstützen, dürfen der malaysische Premierminister und das indonesische Regime nicht so einfach mit ihren offensichtlichen Doppelstandards davonkommen, wenn es um Osttimor und Burma geht.

Der Lackmuestest

Konsequenz ist der Lackmuestest für einen wirklichen Menschenrechtsaktivisten. Mahathir kann diesen Test nicht bestehen, denn er will "ein befreundetes Nachbarland [also Indonesien] nicht kränken".

Malaysias Radio- und Fernsehanstalten übergehen alle aktuellen Nachrichten zu den "Schwierigkeiten" in Osttimor, um die indonesische Regierung nicht vor den Kopf zu stoßen. Ist das ein Beispiel für "Asiatische Werte"?

Ein weiterer Aspekt über die Eliten im Süden, welche die Analyse der Dritten Weltler entwertet, ist die Rolle von "Sub-Imperialisten" des Südens, die munter andere, weniger entwickelte Länder wie Papua-Neuguinea, Fidschi, Solomon-Inseln, Guyana und Surinam ausplündern. In Malaysia registrierte Unternehmen stehen an vorderster Front bei dieser jüngsten regionalen Beherrschung.

Wir dürfen natürlich auch nicht die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung durch die Eliten des Südens vergessen. Der malaysische Staat zögert nicht, die indigenen Volksgruppen zu unterdrücken, die ihr Landrecht verteidigen, die städtischen Siedler, die gegen Zwangsraumungen protestieren, die Bewohner, die eine saubere und sichere Umwelt fordern, und die anderen, die für Bürgerrechte streiten.



Kamunting-Internierungslager für politische Gefangene in Taiping

aus: Kua Kia Soong, 445 Days Behind the Wire, Kuala Lumpur 1989, S. 192

Die Menschenrechte überdenken

In jedem Fall wollen wir konkrete Vorschläge über die Einbeziehung von "Asiatischen Werten" oder anderen "alternativen Philosophien über die Menschenwürde" hören, die das bestehende System der universellen Menschenrechte verbessern sollen. Die Kritik der "individuellen Rechte" und die Forderung nach Einbeziehung "kollektiver Rechte" ist schließlich eine alte marxistische Kritik an der Menschenrechts Charter von 1948. Wir sind bereit all solche Neuformulierungen zu akzeptieren, die die Rechte von Frauen, indigenen Volksgruppen und andere kollektive Rechte berücksichtigen.

Aber es scheinen weder Mahathir noch die Überdenker der Menschenrechte von JUST neue Formulierungsvorschläge gemacht zu haben.

Andererseits bestehen Menschenrechtsaktivisten zum Beispiel darauf, daß nach islamischen Werten konsequenter die Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren verurteilt werden müßten. Während die britischen Kolonialmacht in Malaya bereit war Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren unter bestimmten Bedingungen zuzulassen, wurde von islamischen Menschenrechtsaktivisten hervorgehoben, daß nach islamischen Wertvorstellungen die Verletzung der Rechte eines Angeklagten vor einem ordentlichen Gericht gehört zu werden strengsten untersagt sei.

Warum führen wir nicht solche offensichtlich fortschrittlicheren islamischen Werte in den Ländern des Südens ein?

Malaysische Skandale

Es gibt andere Erscheinungen in der malaysischen Gesellschaft, die weniger fortschrittlich sind als in den Zeiten unter britischer Kolonialherrschaft. Das wird

deutlich an der Weigerung der malaysischen Regierung, gewählte örtliche Selbstverwaltungsorgane wiedereinzuführen, was es in den 50er und 60er Jahren gegeben hat.

Hatten Oppositionsparteien selbst während der Kolonialzeit die Freiheit ihre Zeitungen zu verteilen, wurde dieses Recht durch die malaysische Regierung 1991 eingeschränkt, als sie entschied, die Verbreitung von Parteiorganen nur auf die Mitglieder zu beschränken.

Ebenso sind öffentliche Versammlungen während der Wahlen seit 1974 verboten, aber die Regierungspartei umgeht diese Einschränkung, indem Minister auf öffentlichen Versammlungen sprechen als Ausübung ihrer "Regierungsgeschäfte".

Anstatt der Welt zu zeigen, daß wir reifer und entwickelter geworden sind, bringt die malaysische Regierung durch ihre Behinderung der Opposition eigentlich zum Ausdruck, daß wir weniger stabil und sicher geworden sind.

Ein anderer asiatischer Wert, nämlich der des "Gesicht Bewahrens" hat viel mit dem demokratischen Prinzip der Verantwortlichkeit zu tun. Aber anstatt weniger dickhäutig zu sein als die Westler, müssen wir feststellen, daß in den letzten Jahren, in denen ein öffentlicher Skandal nach dem anderen zutage gebracht wurde, nicht ein einziger malaysischer Minister seinen Rücktritt angeboten hat.

Der Verfasser wurde im Herbst 1987 als Mitarbeiter eines Grundrechtekomitees nach dem ISA ohne Anklage in der "Operation Lallang", welche über 100 Menschen betraf, inhaftiert und bis Januar 1989 ohne ordentliches Gerichtsverfahren in Haft gehalten. Der Artikel erschien unter dem Titel "Rethinking Human Rights: Rhetoric and Realities" in der Zeitschrift Aliran Monthly Vol. 14, Nr. 11 (1995) S. 24-25. Übersetzung aus dem Englischen von Peter Franke.